

Offener Brief an die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Heinz-Josef Bontrup, Rudolf Hickel, Mechthild Schrooten, Axel Troost): Eine bedarfsdeckende Grundsicherung zum öffentlichen Thema machen!

Von Arno Klönne und Lothar Zedler.

Die soziale Spaltung in der Gesellschaft der Bundesrepublik verschärft sich; ein immer größerer Teil der deutschen Bevölkerung wird in eine Lage gebracht, die jetzt oder in Zukunft eine zumutbare Existenzweise aus dem Lohn der Arbeit oder aus der Rente nicht mehr gewährleistet. Tendenziell sind davon auch immer mehr Angehörige der Mittelschichten und der jüngeren Generation betroffen. Das löst Angstgefühle aus, die sich demagogische politische Gruppierungen zu Nutzen machen - von "Rechtspopulismus" wird dann gesprochen. Zu gleicher Zeit gehen Vertreter kapitalorientierter Interessen in die Offensive, um einen weiteren Abbau sozialer Leistungen durchzusetzen. Das neueste Gutachten der "Wirtschaftsweisen" reiht sich hier ein; unter Berufung auf volkswirtschaftliche "Effizienz" wird Stimmung gemacht sogar für eine "Rückabwicklung" bescheidener sozialer Nachbesserungen durch die großkoalitionäre Regierung.

Die AG Alternative Wirtschaftspolitik hat sich seit Jahren mit solchen sozial rücksichtslosen Konzepten kritisch auseinandergesetzt. Wir meinen, dass es nun für die Memo-Gruppe an der Zeit ist, in Sachen Sozialpolitik in den populären Diskurs einzugreifen, "populistisch" sich zu engagieren im Sinne einer humanen Alternative.

In den Mittelpunkt gestellt werden muss dabei, so meinen wir, eine Antwort auf die Frage, mit welchem staatlichen Transferbetrag Menschen am sozio-kulturellen Standard partizipieren können, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Frühverrentung aus dem Erwerbsleben hinausgedrängt wurden oder deren Rente für diese Teilhabe nicht existenzsichernd ist.

Im Kontext der Agenda 2010, die deklaratorisch Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessern sollte, wurde mit der Einführung der "Hartz"-Gesetze zum 01.01.2005 der Sozialstaat massiv beschnitten. Die bisherige Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe wurden abgeschafft und wer länger als ein Jahr arbeitslos war, bekommt in Anschluss an das ALG-I nach einer Bedürftigkeitsprüfung fortan das sogenannte ALG-II, besser bekannt als Hartz-IV. Zu der Berechnung des damaligen Eckregelsatzes in Höhe von 345,- € (zum 01.01.2005) sind die Vereinten Nationen mit der deutschen Sozialpolitik hart ins Gericht gegangen und kritisierten, dass diese Grundsicherung von Hartz-IV-Empfängern „keinen angemessenen Lebensstandard“ gewähre. Kritik kommt auch aus der Arbeitsagentur selbst. So sagte Heinrich Alt aus dem BA-Vorstand, dass der ALG-II-Satz nur etwas für Lebenskünstler sei und auf lange Sicht menschenunwürdige Folgen habe.

Liebe "Memo"-Leute, Ihr wisst, dass das ALG-II in seiner jetzigen Höhe das Existenzminimum nicht absichert. Ihr wisst auch, dass Arme, also ALG-II-Empfänger oder Grundsicherungsrentner, zu denjenigen Menschen gehören, die am häufigsten unter psychischen Erkrankungen leiden und bereits früh ein hohes Mortalitätsrisiko aufweisen. Arme sterben eher! Ihr wisst, dass 73 Prozent aller ab 65jährigen Bundesbürger eine chronische Erkrankung haben und Deutschland hier einen negativen Spitzenplatz einnimmt. Insofern ist es auch nicht erstaunlich, dass in der besonders problematischen Altersgruppe der 55- bis 64jährigen noch nicht einmal mehr 50 Prozent im Erwerbsleben stehen. Ihr wisst auch, dass durch die über dem Anstieg des Wirtschaftswachstums liegenden Produktivitätsraten weiterhin Arbeitskräfte freigesetzt werden. Nach unserer Auffassung habt ihr in Eurem Memorandum von 2006, also ein Jahr nach der Einführung des ALG-II, einen Schritt in die richtige Richtung gesetzt und für Menschen in der Grundsicherung eine bedarfsabhängige Transferleistung in einer Höhe von 940 € pro Haushaltsvorstand gefordert, was 60 Prozent des jeweiligen Nettoäquivalenzeinkommens entspricht und damit nach EU-Definition armutsresistent wäre.

Weitere Kinder in einer solchen Bedarfsgemeinschaft sollten nach Eurem Konzept 470 € (ab 14 Jahren) bzw. 282 € (unter 14 Jahren) erhalten.

Wir verstehen nicht, dass Ihr in den folgenden Memoranden diese Linie bis zum heutigen Zeitpunkt im Jahr 2014 nicht kontinuierlich weiterverfolgt habt, wie die folgende Darstellung zeigt.

Vorschläge der Memo-Gruppe zu Leistungen in der Grundsicherung (2006-2014)

Jahr	Erwerbsloser in der Grundsicherung	Kinder bis 14 Jahre	Kinder ab 14 Jahre
2006	940 € (= 60 % vom Nettoäquivalenzeinkommen)	-282 €	470 €
2007	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
2008	1000 € (= 60 % vom Nettoäquivalenzeinkommen)	-300 €	500 €
2009	ALG-II auf 450 € erhöhen	keine Angabe	keine Angabe
2010	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
2011	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
2012	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
2013	ALG-II auf 500 € erhöhen	keine Angabe	keine Angabe
2014	ALG-II auf 500 € erhöhen	keine Angabe	keine Angabe

Im jüngsten Memorandum 2014 schreibt Ihr: „Die materielle Absicherung von ALG-II-Bezieherinnen und -Beziehern ist völlig ungenügend. Die Regelsätze erlauben keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie sind menschenunwürdig und halten die Betroffenen in Armut. Die jüngsten Erhöhungen haben die laufenden Preissteigerungen nicht einmal ausgeglichen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik fordert eine Aufstockung der Regelsätze auf zunächst 500 € im Monat. Langfristig muss die materielle Versorgung aller Arbeitslosen armutsfest ausgestaltet werden“. Hier müssen wir Euch fragen, warum fordert ihr einen Betrag, von dem auch Ihr überzeugt seid, dass er nicht armutsresistent ist? Warum habt Ihr es bisher unterlassen, für Menschen in der Grundsicherung, die unter einer von der EU definierten Armutsgrenze leben, einen Bedarfssatz zu ermitteln, der dem Postulat der Menschenwürde entspricht und zudem den Ansprüchen des Bundesverfassungsgerichts (transparente Berechnung und durchgehende Methode) genügt? Der außerdem die volkswirtschaftliche Nachfrage stärken würde? In Euren Publikationen betont Ihr den letztgenannten Punkt immer besonders: die Stärkung der Massenkaukraft. Ihr wisst, dass 80 Prozent der Arbeitsplätze von der Binnenkaukraft abhängig sind..

Wir meinen: Es ist Eure Aufgabe als Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschaftler, die Bevölkerungsmehrheit auf für sie bedrohliche, katastrophale Entwicklungen ganz deutlich aufmerksam zu machen und populär eine Forderung herauszustellen, die dem entgegenwirken kann. Um so demokratisches Engagement anzuregen und zu fokussieren.

Nicht aus parteipolitischen Gründen (wir gehören keiner Partei an) verweisen wir auf einen Beschluss des Göttinger Parteitags (2012) der Partei Die Linke, den wir für sachgerecht halten: Demnach soll die Grundsicherung beim ALG-II, bei Arbeitslosigkeit und Rente, 1050 € betragen. Wir halten dies im Vergleich zu den Aussagen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik für eine Forderung, die in ihrer Höhe bei alternativen Berechnungsmodellen nicht unterschritten werden sollte. Es ist zu berücksichtigen, dass Strom seit dem Jahr 2000 über 90 Prozent teurer geworden ist, dass die Mieten in den Ballungszentren drastisch gestiegen sind, dass in der Krankenversicherung die Selbstbeteiligungsanteile gestiegen sind und Grundsicherungsempfänger in ländlichen Gebieten auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, um Einkäufe, Behörden- und Arztbesuche sowie soziale Kontakte wahrnehmen zu können. Wir machen auch auf eine Berechnung des Statistischen Bundesamtes aufmerksam, wonach erst ab einem Netto-Monatseinkommen von 1400 € geringfügig gespart werden kann. Darunterliegende Einkommensgruppen verschulden sich.

Also: Es ist an der Zeit, den "wissenschaftlichen" Werbern für weitere soziale Demontage und den politischen Demagogen nicht das populäre Feld zu überlassen, die Realitäten in aller Öffentlichkeit zum Thema zu machen und bei der Grundsicherung fordernd eine Alternative herauszustellen, die diesen Namen verdient.